

Peter Niggli wird pensioniert. Doch Altersmilde kennt der Experte für Entwicklungszusammenarbeit keine. Seine Analysen bleiben scharf und präzise. Und empören kann er sich auch immer noch.

«Die Revolution sagten wir 1976

bei einem Eiskaffee ab»

von Stefan Michel und Reto Aschwanden

Die Jahre haben Spuren hinterlassen. Peter Niggli spricht heiser, er geht leicht gebückt. An der Geschäftsstelle von Alliance Sud, der entwicklungspolitischen Organisation sechs grosser Schweizer Hilfswerke, öffnet der scheidende Geschäftsleiter selber die Tür.

In seinem Büro türmen sich Bücher und Papier, es sieht nach Auszug aus. Zuverlässigen Quellen zufolge sieht es an Nigglis Arbeitsplatz allerdings immer so aus. Und wenn man ihn argumentieren hört, dann zweifelt man nicht, dass er sich in diesem Gebirge aus Papier problemlos zurechtfindet. Er gehört zu den Menschen, die Zahlen, Jahre und Namen jederzeit und ohne zu zögern präsent haben.

Kein Wunder, ärgert sich der 65-Jährige, der seit 40 Jahren selbst publiziert, über die mangelnde Dossierkenntnis heutiger Journalisten. Den TagesWoche-Journalisten empfahl er, die Fragen vorgängig zu schicken – nicht weil er sich vorbereiten müsse, sondern, um seine Argumente zu portionieren: «Ich habe die Tendenz, in der ersten Antwort bereits alle weiteren Fragen zu beantworten.»

Im Jahr 2000 formulierte die UNO acht Millenniums-Entwicklungsziele zu Themen wie Bildung, Gesundheit und Nachhaltigkeit – dieses Jahr sollten diese Ziele erreicht sein.

Darum gehe ich ja jetzt in Pension (lacht).

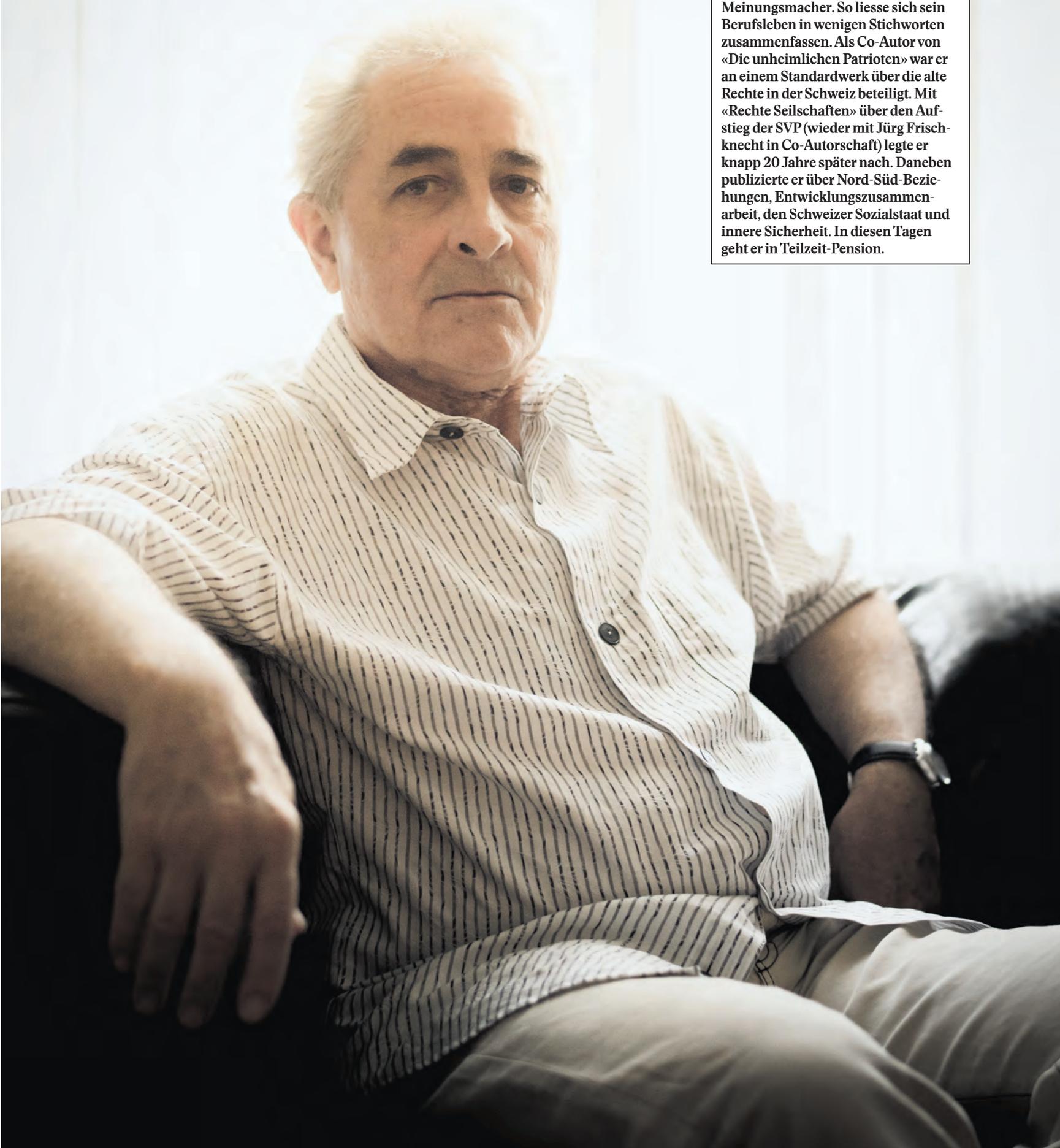
Was bringen solche Übungen?

Das war die erste solche Übung im UNO-Rahmen. Niemand glaubte am Anfang an einen Erfolg. Das Erstaunliche war, dass sich unter den Staaten eine Art Schönheitswettbewerb entwickelt hat.

Wie das?

Schlicht deshalb, weil die UNO jedes Jahr festhielt, wie weit man von den Zielen noch entfernt ist. Die Zahlen zeigten: Da ist zu wenig Investition in die Bildung, da geht zu wenig in die Gesundheit. Diese Staaten haben mehr gemacht als jene, die haben mehr erreicht und diese weniger. Den Industrieländern konnte man schwarz auf weiss darlegen, dass sie ihr Versprechen, mehr Entwicklungshilfe zu leisten, nicht eingelöst hatten. Dadurch wurde mehr erreicht, als die meisten erwartet hatten.

Peter Niggli, 65, war Revolutionär, Journalist, Stadtzürcher Gemeinderat, entwicklungspolitischer Experte und Meinungsmacher. So liesse sich sein Berufsleben in wenigen Stichworten zusammenfassen. Als Co-Autor von «Die unheimlichen Patrioten» war er an einem Standardwerk über die alte Rechte in der Schweiz beteiligt. Mit «Rechte Seilschaften» über den Aufstieg der SVP (wieder mit Jürg Frischknecht in Co-Autorschaft) legte er knapp 20 Jahre später nach. Daneben publizierte er über Nord-Süd-Beziehungen, Entwicklungszusammenarbeit, den Schweizer Sozialstaat und innere Sicherheit. In diesen Tagen geht er in Teilzeit-Pension.



Kommunist nennt sich Niggli seit Ende der Siebziger nicht mehr – «dem revolutionären Impuls blieb ich aber treu». FOTO: RAFFAEL WALDNER

So erfreulich Erfolge wie die Halbierung der Zahl der Hungernden oder der verbesserte Zugang zu Wasser sind: Wie gross ist das Risiko, dass der Klimawandel sie wieder zunichtemacht?

Im Gegensatz zu den Millenniums-Entwicklungszielen hat sich die Lage bezüglich des Klimawandels und der Umwelt generell verschlechtert. Am Erdgipfel in Rio 1992 bestimmte die internationale Gemeinschaft, bei welchen ökologischen Indikatoren sie Verbesserungen erreichen will. Fast alle haben sich aber alarmierend verschlechtert.

Was bedeutet das für die Ernährungssicherheit, den Zugang zu Wasser und für weitere Bereiche der Entwicklung, die stark vom Zustand der Umwelt beeinflusst werden?

Heutige «Kornkammern» wie das Ganges-Tal in Indien oder die südchinesischen Reisanbaugebiete dürften laut Klimafor-schern unter grösserer Verdunstung, Wasserknappheit und vermehrten Dürren zu leiden haben. Bangladeschs fruchtbares Anbaugebiet im Delta, das einen grossen Teil des Landes ausmacht, droht durch den vordringenden Ozean versalzt und überspült zu werden. Bangladesch bräuchte ein Dammsystem wie Holland, ist aber eines der ärmsten Länder der Welt. Tatsächlich kann ungebremster Klimawandel jede Entwicklung zunichtemachen, auch unsere.

Die einfachste Erklärung für das Versagen globaler Umweltschutzbemühungen lautet: Wächst die Wirtschaft, wächst auch der Ressourcenverbrauch. Was ist Ihre Erklärung?

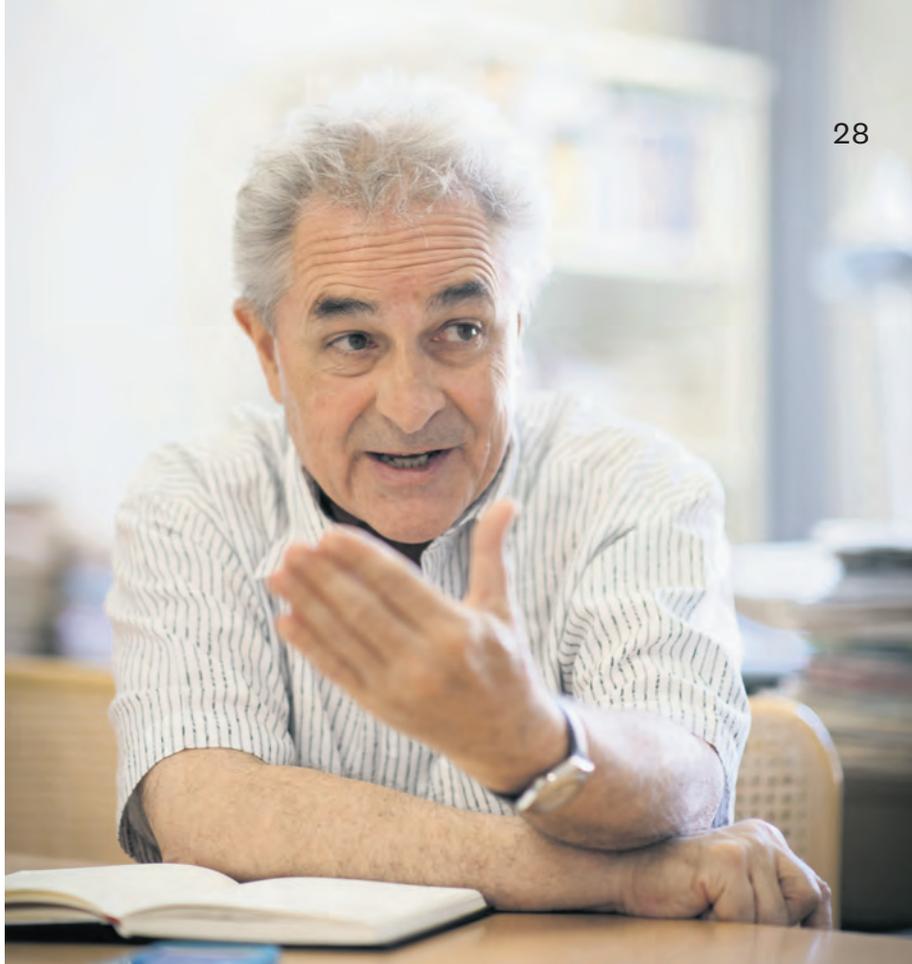
Gleichzeitig zur hehren Proklamation des Erdgipfels, künftig eine nachhaltige Entwicklung zu fördern, setzte sich die Globalisierung durch. Der Handel wurde weltweit liberalisiert und der Kapitalverkehr in fast allen Ländern völlig freigegeben. Damit setzte global eine anti-nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ein.

Sehen Sie ernsthafte Absichten, daran etwas zu ändern?

2012 kam die Idee auf, den Mechanismus, der bei den Millenniumszielen relativ gut funktioniert hat, auf die Ökologie zu übertragen. Zudem wurden die Agenden der Entwicklung und des Klimaschutzes fusioniert. Bis 2030 will man 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung erreichen, die «Sustainable Development Goals».

Bei den Bemühungen, den Klimawandel zu bremsen, gab es bisher prominente Abwesende.

Die Amerikaner dispensierten sich vom Kyoto-Vertrag mit dem Argument, Klimaschutz, den nur die alten Industrieländer machten, sei sinnlos. China müsse auf alle Fälle mitziehen. Vor einigen Jahren brachten die USA die Idee auf, jeder Staat solle seine Emissionsreduktionsziele selber definieren. Ein solcher Vertrag, der dem Geist der Klimakonvention von 1992 widerspricht, wird voraussichtlich im Dezember unterschrieben werden. Entscheidend wird sein, wie viel Reduktion die grossen Emittenten anzubieten gewillt sind.



Engagement statt Pessimismus: Peter Niggli.

FOTO: RAFFAEL WALDNER

Führt dieser Vertrag aus der klimapolitischen Sackgasse?

Die USA und China gaben im Voraus ihre Reduktionsziele bekannt. Auch wenn sie eher bescheiden sind, deblockierten sie damit die Verhandlungen. Das Ziel, die Erwärmung auf zwei Grad Celsius zu beschränken, wird der Vertrag aber nicht erreichen. Viele hoffen deshalb auf neue, ehrgeizigere Abkommen zur Treibhausgasreduktion in den kommenden Jahren. Die negativen Auswirkungen des Klimawandels, die immer deutlicher zutage treten, werden dabei behilflich sein.

«In allen Ländern, die sich erfolgreich entwickelt haben, spielte der Staat eine zentrale fördernde Rolle.»

In der Entwicklungszusammenarbeit propagieren viele mehr Markt, eine grössere Rolle des Privatsektors und weniger Staat. Was halten Sie davon?

Das ist jetzt Mode. Ich finde schon die Begrifflichkeit dürftig. Man begreift die Welt nicht mit den Kategorien von Staat und Markt. Das entwicklungsökonomische Problem war stets: Wie kann ein armes Land Unternehmen aufbauen, die konkurrenzfähig sind und nicht von den potenteren Unternehmen der entwickelten Länder vom Markt gewischt werden? In allen Ländern, die sich erfolgreich entwickelt haben – Südkorea, Taiwan oder Singapur – spielte der Staat eine zentrale fördernde Rolle.

Ausländische Investoren anzuziehen, wird oft als viel erfolgreicherer Gegenmodell zur Entwicklungszusammenarbeit präsentiert. Zu Recht?

Jene, die den ausländischen Investoren harte Auflagen machen, haben sich gut entwickelt: Brasilien oder China etwa. Sie verlangten von ausländischen Firmen, lokal einzukaufen oder Einheimische ins Management aufzunehmen und sorgten für einen Know-how-Transfer. Jene, die den Investoren freie Hand liessen, weisen weniger Erfolge auf. Da wird nicht der Privatsektor des Entwicklungslands gefördert, sondern jener des Staats, aus dem die Investitionen kommen. Beides hat zudem mit Entwicklungszusammenarbeit nichts zu tun.

Andersrum fordern die Geberländer, die grossen Unternehmen sollten mehr in Entwicklung und Klimaschutz investieren.

Die alten Industriestaaten behaupten, sie hätten kein Geld mehr, nun sollen die Konzerne zahlen. Ein privates Unternehmen wird aber niemals für öffentliche Güter aufkommen, ausser es wird dafür bezahlt. Wenn das Management den Aktionären keine zweistelligen Renditen präsentieren kann, ist es weg vom Fenster. Man muss sich auch bewusst sein, warum die westlichen Staaten zu wenig Geld haben: Sie haben in den letzten 20 Jahren systematisch die Steuern für Unternehmen und Reiche gesenkt sowie Steuerschlupflöcher geöffnet.

Afrikanische Beobachter wie die Sambierin Dambisa Moyo sind überzeugt, die Entwicklungsgelder des Nordens seien der Grund, weshalb sich ihre Länder nicht entwickelten und stattdessen in Lethargie versänken. Was entgegnen Sie?

Die Beispiele, die Dambisa Moyo und Gleichgesinnte anführen, sind immer solche, in denen Entwicklungshilfe zur Förderung der Eigeninteressen der Geber eingesetzt wird. Ihre Kritik trifft zu, müsste sich aber richtigerweise auf die Aussenpolitik der Geber beziehen, nicht auf die Entwicklungshilfe. Diese abzuschaffen, wäre relativ einfach. Sie hat keine grosse Lobby. Was Moyo kritisiert, würde aber weiterhin passieren, denn die westlichen Länder verfolgen ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen mit allem nötigen politischen und finanziellen Druck.

«Gäbe es in Deutschland eine Partei wie die SVP, würden die Nachbarländer aufrüsten.»

Letzte Woche jährte sich «Live Aid» zum 30. Mal. 1985 erreichte dieses Konzert zugunsten der Hungernden in Äthiopien über TV und Radio Menschen weltweit. Was bedeutet es für Ihre Arbeit, dass Themen wie Hunger und Armut heute kaum für Schlagzeilen sorgen?

Unsere Arbeit ist schwieriger geworden im Vergleich zur zweiten Hälfte der 1980er-Jahre. Damals gab es noch einen gewissen Zukunftsoptimismus, heute sind in den reichsten Ländern der Welt die Erwartungen an die Zukunft pessimistisch eingefärbt. Trotzdem: Wir konnten auch in schwierigen Situationen Erfolge erzielen. 2003 gewann die SVP die Wahlen und Blocher wurde Bundesrat. Die SVP und ihre Verbündeten wollten dann das Budget der Entwicklungshilfe um 30 Prozent kürzen. Wir schafften es aber – und zwar ohne grosse mediale oder öffentliche Unterstützung – 2011 eine parlamentarische Mehrheit für eine Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,5 Prozent des BIP zu gewinnen.

Wie haben Sie das geschafft?

Die Schweiz will mit jedem Land dieser Welt Verträge zum Schutz unserer Investitionen und für erleichterten Marktzugang haben. Unsere Banken horten noch immer Hunderte von Millionen unverteuerter Gelder aus Drittweltländern. Das wissen auch unsere Ansprechpartner in diesen Ländern. Wenn man nichts bietet, sondern nur auf den eigenen Vorteil schaut, erzielen die Verhandlungen keine Resultate. Das verstehen auch Bürgerliche. Die Entwicklungszusammenarbeit war in der Schweiz bis Anfang der Nullerjahre weitgehend unbestritten. Auch die SVP stand dahinter, bis sie die Zürcher Sektion zu einer rechtsradikalen Partei umgeformt hat.

Sie nennen die SVP «rechtsradikal»?

Gäbe es in Deutschland eine Partei wie die SVP, die seit der Wiedervereinigung mit der gleichen Politik und derselben Tonalität den gleichen politischen Einfluss errungen hätte, dann würden die Nachbarländer aufrüsten.

Dieser Logik folgend müssten angesichts der Erfolge des Front National die Nachbarn der Franzosen aufrüsten.

Vor Frankreich hat niemand Angst. Napoleon ist ja auch schon 200 Jahre her.

Sie haben zwei Standardwerke über die Schweizer Rechte mitverfasst: «Die unheimlichen Patrioten» 1979 und «Rechte Seilschaften» 1998. Wie stark sind diese Kräfte heute?

Die SVP hat es verstanden, in den letzten 25 Jahren das öffentliche Klima zu bestimmen. Sogenannt linksliberale Zeitungen wie der «Tages-Anzeiger» bewirtschaften heute das Asylthema selbstständig. Die Partei hat es geschafft, weite Teile des öffentlichen Diskurses auf ihre Mühle zu leiten. Nicht, dass die Leute sagen: Ich bin für die SVP. Aber sie glauben, dass die Schweiz tatsächlich an den Problemen leidet, die diese Partei definiert. Damit erzielt die SVP eine Wirkung, von der die unheimlichen Patrioten der 1970er-Jahre nur träumen konnten.

Sie selber gehörten in den frühen 70ern zu den Gründern der Revolutionären Aufbauorganisation Zürich (RAZ). Wollten Sie die Schweiz in den Kommunismus führen?

Unser Ziel war die Überwindung des Kapitalismus durch eine proletarische Revolution. Wir nannten uns aber bewusst nicht kommunistisch. Ich komme aus einer Arbeiterfamilie, in der keiner Kommunist sein wollte. Sie wählten aber brav Sozis und fanden, man könnte schon noch was machen für die Buezer. Wir nannten uns deshalb revolutionär, denn das klang attraktiv. Damals fing man ja auch an, «Revolution» als Slogan auf T-Shirts zu drucken. Dahinter stand das Verlangen nach einem Neuanfang. Wir waren der Ansicht, dass es weder Lehrbücher noch Vorbilder gab für das, was wir anstrebten.

Nun werden Sie Stiftungsrat beim katholischen Hilfswerk Fastenopfer. Von der Revolution in eine kirchliche Institution – wie konnte das passieren?

Die Revolution hat für mich zwischen 1970 und 1976 stattgefunden, also in meinen frühen Zwanzigern. Jetzt bin ich 65 und gehe in den Vorstand von Helvetas und zum Fastenopfer, mit denen ich als Trägerorganisationen von Alliance Sud seit 1998 zu tun habe. Die Revolution sagten wir 1976 bei einem Eiskaffee im Zürcher Café Boy ab.

Warum?

Der Mangel an Erfolg war eklatant. Wir wollten die Massen der Arbeiter gewinnen. Doch in der Schweiz regte sich fast nichts, im Unterschied zu den Streikwellen in den Nachbarländern. Zudem beschäftigte ich mich schon während jener Zeit stark mit der Geschichte der Sowjetunion und Osteuropas. Ich fragte mich, warum die Sache so katastrophal herausgekommen war. Ende der Siebziger bezeichnete ich mich nicht mehr als Kommunist, blieb aber dem revolutionären Impuls treu. Ich war der Ansicht, die westliche Welt habe das emanzipatorische Versprechen nicht eingelöst, das der Menschheit mit der Französischen Revolution gegeben worden war.

Und dann?

Ich wurde Journalist beim «Fokus», das war ein unabhängiges, linkes Monatsmagazin. Mein Geld verdiente ich bei der Propress, einer selbstverwalteten Druckerei. Dann wollte ich aus Zürich weg, weil ich mich im vertrauten linken Milieu zu langweilen begann. Ich wollte reisen und dachte, ich könnte das als freier Journalist finanzieren. Damals verdienten freie Journalisten noch Geld. Mich interessierten Konflikte, die nicht dem Schema des Kalten Krieges folgten. So kam ich nach Äthiopien, wo linke «1968er-Guerillas» gegen eine sowjetisch gestützte Militärdiktatur kämpften. Ich wollte wissen, welche Lehren sie daraus zogen.

Heute haben wir in allen Berufsfeldern – auch bei Hilfswerken und NGOs – Leute, die ihr Handwerk in entsprechend Studiengängen gelernt haben. Das sind Profis in Themenfeldern, die Sie sich damals selber angeeignet haben. Was halten Sie von dieser Entwicklung?

Die Professionalisierung haben Sie überall. Als ich damals in den Journalismus ging, wollten die Leute wissen: Hast du schon was geschrieben? Gottlob hatte ich das Buch «Die unheimlichen Patrioten» mitverfasst. Der Rest ergab sich aus der Qualität deiner Texte. Es gab damals viele Journalisten mit unkonventionellen Lebensläufen. Heute sieht man das kaum noch, was schade ist.

«Die Lage wird langsam ernst. Ein Bewusstsein dafür oder Strategien für einen Umgang damit, sehe ich aber nicht.»

Wenn Sie zurückblicken: Ist es ein guter Moment für Sie, um in Pension zu gehen?

Es ist ein guter Moment, ja. Wir haben mit Mark Herkenrath, der schon seit Jahren bei Alliance Sud arbeitet, einen guten Nachfolger gefunden. Und wir haben unsere Strategie für die nächsten Jahre entwickelt.

Und wenn Sie den Zustand der Welt betrachten?

Ich betrachte die Dinge gern historisch. Nehmen wir den Zustand der Welt 1939: Da sah es rabenschwarz aus. Im Vergleich dazu wirkt die Situation heute geradezu erfreulich. Es gibt allerdings sehr ernsthafte Probleme. In absehbarer Zeit wird unser Wirtschaftssystem an geophysikalische Grenzen stossen. Als der Club of Rome in den 70ern von den Grenzen des Wachstums sprach, kicherten viele. Jetzt wird es langsam ernst. Ein breites Bewusstsein dafür, geschweige denn Strategien für den Umgang damit, sehe ich aber nicht. Der Zustand der Welt ärgert und empört. Das ist aber kein Grund für Pessimismus, sondern für Engagement.

tageswoche.ch/+6qb53

×